

**Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs  
beim Bundesminister der Finanzen  
Hartmut Koschyk, MdB  
in der Sitzung des Bundesrates am 5. März 2010**

Herr Präsident, verehrte Mitglieder des Bundesrates,

für die Bundesregierung ist es entscheidend, dass der Finanzsektor an den Kosten beteiligt wird, die durch die staatlichen Rettungsmaßnahmen in der Krise entstehen sind. Diese Kosten dürfen nicht allein dem Steuerzahler aufgebürdet werden.

Wegen der Ausweichmöglichkeiten der Finanzmarktakteure auf andere Marktplätze sollte jedoch jede Lösung international abgestimmt werden.

In die internationale Diskussion über Maßnahmen zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krisenbewältigung wurden bisher verschiedene Vorschläge eingebracht, darunter eine international abgestimmte Finanztransaktionssteuer und eine Sonderabgabe für Finanzinstitute. Derzeit arbeiten der Internationale Währungsfonds und die Europäische Kommission an Untersuchungen zu diesem Thema. Auch die Bundesregierung prüft derzeit die verschiedenen Vorschläge. Sie wird auf Basis der Diskussionen in der EU und bei den G20

Maßnahmen ergreifen, die sich in den internationalen Konsens einpassen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Im April wird der IWF hierzu Vorschläge vorlegen, die er im Auftrag der G20 auch auf deutsche Initiative hin erarbeiten soll. Im Mai lädt Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu einer G20-Finanzmarktkonferenz nach Berlin ein, bei der auch die Bundeskanzlerin sprechen wird. Die Bundesregierung wird damit dem G20-Prozess einen wichtigen Impuls für die Regulierung und Transparenz der Finanzmärkte geben.

[Vergütungssysteme bei Instituten des Finanzsektors]

Das Bundeskabinett hat im Februar 2010 den Gesetzentwurf über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen beschlossen. Damit erfüllen wir unter unserer Mitarbeit entstandene internationale Verabredungen auf Ebene der G-20.

Es handelt sich um den letzten Schritt eines dreistufigen Maßnahmenpakets der Bundesregierung. In einem ersten Schritt haben sich acht große deutsche Banken und die drei größten deutschen Versicherungsunternehmen im Dezember 2009 zur schnellstmöglichen Umsetzung der FSB-

Standards verpflichtet. In einem zweiten Schritt folgten am 21. Dezember zwei aufsichtsrechtliche Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Anforderungen an Vergütungssysteme und die Eingriffsbefugnisse der Aufsicht nunmehr auf die erforderliche gesetzliche Grundlage gestellt.

## **Ausführungsgesetz zur EU-Ratingverordnung**

### I. Finanzmarktkrise – Rolle der Ratingagenturen

Die Ratingagenturen haben eine große Bedeutung für funktionierende und effiziente Finanzmärkte. Im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise haben die Agenturen selbst jedoch nicht hinreichend funktioniert. Im Gegenteil müssen sie als ein Mitverursacher und Auslöser der Krise angesehen werden.

Die verschlechterte Marktlage wurde in den Ratings nicht früh genug zum Ausdruck gebracht. Es ist auch nicht gelungen die Ratings rechtzeitig anzupassen, als sich die Krisensituation bereits zugespitzt hatte. Dies gilt insbesondere für Bewertungen von strukturierten Produkten.

Als ein Grund für die Fehlbewertungen der Ratingagenturen müssen dabei die zum Zeitpunkt der Krise bestehenden Marktstrukturen angesehen werden: Agenturen berieten Emittenten zur Strukturierung von Produkten und berechneten dafür Gebühren. Im Anschluss bewerteten die Agenturen die Produkte, die sie selbst mit konzipiert hatten. Das Bestehen eines Interessenkonfliktes bei den Agenturen in einer solchen Konstellation ist nicht von der Hand zu weisen.

## II. Europäische und internationale Reaktion

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist es erforderlich, die Ratingagenturen einer effizienten Regulierung und Beaufsichtigung zu unterstellen. Sowohl auf internationaler wie auf europäischer Ebene wurden die Defizite erkannt und Konsequenzen gezogen.

Die G20 haben sich im April 2009 auf eine effektive Beaufsichtigung der Ratingagenturen verständigt. Zudem wurde der Baseler Ausschuss aufgefordert, die Rolle der externen Ratings für regulatorische Zwecke auf mögliche Fehlanreize hin zu überprüfen. Die Transparenz der externen Ratings soll erhöht werden und die Kreditinstitute sollen angehalten werden, ihre Kreditrisiken unabhängig von externen Ratings selbstständig zu analysieren.

In der EU hatte der Europäische Rat bereits im März 2008 Schlussfolgerungen formuliert, um den größten Schwächen des Finanzsystems entgegenzuwirken. Zur Regulierung der Ratingagenturen wurde die EU-Ratingverordnung ausgehandelt, die am 7. Dezember 2009 in Kraft trat und Grund für das vorliegende Ausführungsgesetz ist.

### III. Inhalt der EU-Ratingverordnung

Die wesentlichen Inhalte der Regulierung und operativen Aufsicht über die Agenturen sind Gegenstand jener EU-Ratingverordnung. Mit dieser Verordnung wurden auf europäischer Ebene auch im internationalen Vergleich Maßstäbe gesetzt, was die Anforderungen an die Agenturen angeht.

Denn Ratingagenturen, die künftig in der EU tätig werden wollen, müssen sich registrieren lassen und strenge Vorgaben einhalten. Zu diesen Vorgaben gehört es, dass die Agenturen ihre Tätigkeit für die Öffentlichkeit transparenter machen. Sie müssen etwa angewandte Methoden und Modelle, historische Ausfallquoten von Ratingkategorien oder eine Liste ihrer größten Kunden in Zukunft regelmäßig veröffentlichen.

Die Verordnung enthält detaillierte Regelungen für den künftigen Umgang der Agenturen mit Interessenkonflikten. Beratungsleistungen für

bewertete Unternehmen dürfen nicht mehr erbracht werden.

#### IV. Das deutsche Ausführungsgesetz

Nun handelt es sich bei der EU-Ratingverordnung zwar um eine unmittelbar anwendbare europäische Verordnung. Jedoch gibt diese Verordnung den EU-Mitgliedstaaten auf, gewisse Vorkehrungen zu treffen, um die Voraussetzungen für die operative Aufsicht über die Agenturen herzustellen. Die Zeitvorgaben sind dabei anspruchsvoll: Schon ab dem 7. Juni 2010 sollen die Agenturen ihre Registrierungsanträge stellen können.

Mit dem vorliegenden Ausführungsgesetz hat die Bundesregierung schnell auf diese europäischen Vorgaben reagiert. Die getroffenen Regelungen lassen sich wie folgt kurz umreißen:

- Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wird als zuständige Behörde für die Beaufsichtigung der Agenturen benannt.
- Ein Katalog von Bußgeldtatbeständen wird in das Wertpapierhandelsgesetz eingefügt. Dies ist erforderlich, um Verstöße gegen die EU-Ratingverordnung ahnden zu können. Bei besonders schwerwiegenden Verstößen, etwa wenn eine Agentur beim selben Unternehmen

berät und bewertet, sollen dabei Bußgelder bis zu einer Million Euro verhängt werden können.

Solch potenziell hohe Bußgelder sind aus meiner Sicht angesichts der Bedeutung der Agenturen für das Vertrauen in die Finanzmärkte gerechtfertigt und verhältnismäßig.

- Schließlich wird für Kosten, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bei Prüfungen von Ratingagenturen entstehen, eine Erstattung durch die betroffenen Agenturen vorgesehen.

#### V. Empfehlungen der Bundesratsausschüsse

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass die Ausschüsse des Bundesrats den vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung begrüßen. Der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz empfiehlt zusätzlich neue Anforderungen an Finanzvermittler im Bereich der Finanzberatung und im europäischen Recht die Offenlegungspflichten bei Provisionen strenger zu fassen. Gestatten Sie mir, zu dieser Empfehlung kurz Stellung zu nehmen.

Ich versichere Ihnen, dass sich die Bundesregierung im Einklang mit den Maßgaben des Koalitionsvertrags auch mit der Vermittlerregulierung beschäftigen wird. Insoweit weise ich auf das am 3. März veröffentlichte Eckpunktepapier des Bundesministeriums der

Finanzen für ein Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts hin. Im Rahmen des vorliegenden Ausführungsgesetzes halte ich weitere Regeln jedoch nicht für zielführend. Zum einen steht die Regulierung von Ratingagenturen in keinem engen Sachzusammenhang mit der Vermittlerregulierung. Zum anderen bestehen beim Thema Rating enge europäische Zeitvorgaben. Im Hinblick auf eine Überarbeitung des europäischen Rechts sei erwähnt, dass die europäische Finanzmarktrichtlinie ohnehin in diesem Jahr zur Überprüfung ansteht.

#### VI. Ausblick

Zum Abschluss möchte ich noch auf die Ihnen sicherlich bekannten Planungen auf europäischer Ebene hinweisen, die Ratingagenturen in Zukunft zentral von einer europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde beaufsichtigen zu lassen. Sobald entsprechende europäische Regelungen getroffen sind, werden wir Anpassungen an dem Ausführungsgesetz vornehmen müssen.